

Pressemitteilung

31. Mai 2012

Wachstum statt Visa-Schranken

Gemeinsamer Appell europäischer Wirtschaftsverbände

Am 3. und 4. Juni 2012 findet in St. Petersburg der nächste EU-Russland-Gipfel statt. Sechs führende europäische Wirtschaftsverbände, die insgesamt über eine Million Unternehmen in der EU repräsentieren, nehmen dieses Treffen zum Anlass, mit Nachdruck die rasche Liberalisierung der Geschäftsvisa-Pflicht mit Russland und den übrigen Nachbarstaaten der Europäischen Union zu fordern.

Der Appell ist eine Initiative von Verbänden aus Deutschland (Ost-Ausschuss) und Frankreich (MEDEF) mit mehr als 900.000 Mitgliedsunternehmen in den beiden wirtschaftsstärksten EU-Staaten. Unterstützt wird der Aufruf durch die führenden Industrieverbände Dänemarks (DI), Finnlands (EK), Polens (PKPP Lewiatan) und Italiens (Confindustria). Dänemark hat gegenwärtig die EU-Ratspräsidentschaft inne. Finnland und Polen besitzen gemeinsame Grenzen mit Russland bzw. Belarus und der Ukraine. Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft im Schengen-Raum. Es wird erwartet, dass sich Industrieverbände weiterer Schengen-Staaten der Initiative anschließen.

„Damit Europa im globalen Wettbewerb nicht zurückfällt, müssen wir auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok hinarbeiten. Dazu gehört als erster Schritt die Beseitigung von Visa-Schranken mit unseren osteuropäischen Nachbarstaaten“, sagte der **Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Eckhard Cordes**. „Visa-Schranken behindern Investitionen und verursachen Bürokratiekosten von hunderten Millionen Euro jährlich. Wir haben hier auch angesichts der gegenwärtigen Wachstumsschwäche in Europa keine Zeit mehr zu verlieren.“

„Unternehmen brauchen neue Märkte, um sich weiterzuentwickeln und zum nationalen und globalen Wachstum beizutragen. Die Visa-Liberalisierung ist ein erster und einfacher Schritt zur Stärkung des europäischen Wachstumspotenzials zwischen Lissabon und Wladiwostok. Wir schaffen dadurch gemeinsame Vorteile für alle Länder und Partner, für die Privatwirtschaft genauso wie für Regierungen!“, unterstreicht **Thierry Courtaigne, Vize-Rpäsident und Vorstandsvorsitzender von MEDEF International** (Französischer Wirtschaftsverband).



Thomas Bustrup, stellvertretender Generaldirektor des dänischen Industrieverbandes (DI) kommentierte: „Verstärkte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen über die Grenzen der EU hinaus sind für das Wachstum ein wichtiger Weg, den wir unaufhörlich verfolgen müssen. Ein notwendiger erster Schritt wäre die Abschaffung der Visa-Bestimmungen. Dies würde beispielsweise europäischen Firmen ermöglichen, die Vorteile von Russlands Beitritt zur WTO voll auszuschöpfen.“

Und **Mikko Pukkinen, Generaldirektor des Verbandes der finnischen Industrie (EK)**, äußerte: „Der finnische Industrieverband ist ein klarer Befürworter aller Anstrengungen, die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr zu verbessern. Der Übergang zu liberaleren Visaregelungen mit Russland und Osteuropa ist ein wichtiger Schritt zu weiterem Wachstum von EU-Unternehmen in dieser Gegend.“

Der gemeinsame Appell, der dieser Pressemitteilung angefügt ist, wird zeitgleich in Brüssel und den Ländern der beteiligten Wirtschaftsverbände veröffentlicht. Er richtet sich an die Parlamente und Regierungen der Schengen-Staaten, sowie an das Europäische Parlament und die EU-Kommission.

Pressekontakte:

Deutschland
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 2028-1441
A.Metz@bdi.eu

Frankreich:
Isabelle Mariano
Medef
Tel. +331 53 59 17 67 / mobile +336 71 29 14 30
imariano@medef.fr, www.medefinternational.fr

Dänemark:
Confederation of Danish Industry (DI)
Sune K. Jensen
Tel.: (+45) 3377 3923, (+45) 2949 4624 (Mobile)
skj@di.dk, www.di.dk

Finnland:
Confederation of Finnish Industries (EK)
Timo Laukkanen
Tel.: (+35) 8 9 4202 2705, mobile +358 40 702 1431,
timo.laukkanen@ek.fi, www.ek.fi



Beteiligten Organisationen:

Der **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** wurde 1952 als älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft gegründet. Er vertritt die Interessen deutscher Unternehmen und Verbände in 21 Ländern Ost-, Südosteuropas und Zentralasiens. Größter Trägerverband des Ost-Ausschusses ist der Bundesverband der Deutschen Industrie BDI, der über 100.000 Mitgliedsfirmen mit rund acht Millionen Beschäftigten repräsentiert. Weitere Informationen: www.ost-ausschuss.de



Mouvement des Entreprises de France (MEDEF) ist der größte Verband von Unternehmen in Frankreich. Er vertritt die Interessen von über 800.000 Mitgliedsfirmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Weitere Informationen: www.medef.com



Der **Verband der Dänischen Industrie (DI)** ist die starke Stimme der Unternehmen in Dänemark. Um Wachstumsmöglichkeiten und globale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, arbeitet DI im Auftrag von 10.000 Mitgliedsfirmen für die Schaffung bester Bedingungen für dänische Unternehmen.



Der **Verband der finnischen Industrie (EK)** ist der führende Unternehmensverband in Finnland. Er vertritt den gesamten privatwirtschaftlichen Sektor, sowohl Industrie als auch Dienstleistungen sowie alle Unternehmensgrößen. Seine Mitgliedsfirmen produzieren über 70 Prozent von Finnlands BIP und über 95 Prozent von Finnlands Exporten.



1910 gegründet, ist **Confindustria** die größte Organisation des produzierenden und dienstleistenden Gewerbes in Italien. Insgesamt 149.288 Unternehmen aller Größen mit insgesamt 5.516.975 Angestellten sind freiwillige Mitglieder der Organisation. Confindustria vertritt die Interessen italienischer Unternehmen in führenden politischen und administrativen Institutionen, darunter dem Parlament, der Regierung, gegenüber dem Gewerkschaftsbund und anderen Tarifpartnern.



Die Polnische Konföderation der privaten Arbeitgeber **LEWIATAN** ist eine landesweite Vereinigung privatwirtschaftlicher Arbeitgeber. LEWIATAN ist eine Organisation von mehr als achtzig Branchen- und Regionalverbänden sowie individueller Mitglieder und repräsentiert mehr als 3.750 Unternehmen mit über 750.000 Angestellten. LEWIATAN vertritt die Interessen der Wirtschaft in legislativen Prozessen und gegenüber den Medien.

